

Tessinische Politik

Autor(en): **Pellegrini, Pietro**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Rote Revue : sozialistische Monatsschrift**

Band (Jahr): **19 (1939-1940)**

Heft 10

PDF erstellt am: **26.04.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-333853>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Tessinische Politik

Von Pietro Pellegrini.

Vorbemerkung der Redaktion: Aus dem Tessin geht uns die folgende Darstellung der politischen Wandlungen der letzten Jahre und Jahrzehnte zu. Der Umstand, daß man in der deutschen Schweiz über die Details des politischen Lebens im Kanton Tessin im allgemeinen nicht besonders gut unterrichtet ist, läßt diese Veröffentlichung als wünschenswert erscheinen, auch wenn ihr Umfang über den für die Arbeiten unserer Zeitschrift sonst gegebenen Rahmen stark hinausgeht.

Wer die tieferen Gründe der gegenwärtigen politischen Krise des Tessins verstehen will, muß einen Blick auf die Zeit vor zwanzig Jahren zurückwerfen, auf jene Zeit, da eine andere Krisis der liberalen Regierungsmehrheit ein Ende setzte, die Koalition der Minderheitsparteien und den Einzug eines Sozialdemokraten in die Kantonsregierung brachte.

I.

Wie kam es zum Sturz der liberalen Regierung?

Seit ungefähr einem Jahrhundert hatte im Tessin der politische Kampf mit seinen zahlreichen, oft heftigen, ja blutigen Episoden zwischen der Liberalen und der Konservativen Partei sich abgespielt.

Eine letzte revolutionäre Bewegung brachte 1890 eine liberale Mehrheit an die Macht, die, gegen jede Minderheit unduldsam, alle politischen Positionen und Vorteile für sich beanspruchte. Indessen zogen neben den historischen Parteien neue politische Kräfte und Gruppen herauf, die im Laufe der zwei ersten Jahrzehnte dieses Jahrhunderts ihre Plätze im parlamentarischen Kampfe besetzten: Sozialdemokraten und Bauern. Der zahlenmäßige Vormarsch dieser neuen Parteien, vor allem der Sozialdemokratischen, führte schließlich dazu, daß die Liberalen zwar die Regierungsmehrheit noch hielten, im Großen Rat aber die absolute Mehrheit verloren.

So lagen die Dinge, als zu Beginn des Jahres 1921 lebhafte Kämpfe um den Finanzhaushalt des Kantons ausbrachen. Die Regierung präsentierte einen Voranschlag, der einen Ausgabenüberschuß von drei Millionen Franken aufwies, und — was schlimmer war — sie erklärte diesen für chronisch und auf lange Frist unüberwindbar. Die Parlamentsmehrheit wies dieses Budget zurück, und die Regierung, im Gefühl ihrer Regierungsunfähigkeit, veranlaßte ein liberales Mitglied zum Rücktritt. In der Folge entstand das *Governo di Paese*, die Volksregierung, die sich aus zwei Liberalen und je einem Vertreter der konservativen, sozialdemokratischen und bäuerlichen Minderheitspartei zusammensetzte. Eine von der neuen Regierung ausgearbeitete und vom Volke angenommene Verfassungsreform konsolidierte die neuen Verhältnisse: Keine Partei sollte in Zukunft über die Regierungsmehrheit verfügen, wenn sie nicht auch die Mehrheit des Volkes hinter sich hatte.

II.

Die Volksregierung (Governo di Paese)

Abgesehen von einigen personellen Änderungen blieb diese Koalitionsregierung während dreizehn Jahren im Amte. Ihr gelang die Durchführung wirksamer Sparmaßnahmen und damit der Budgetausgleich. Sie nahm auch — dank der mutigen Initiative des sozialistischen Mitgliedes — die Riesenaufgabe der Straßenverbesserung in Angriff und schuf, ebenfalls unter der Leitung unseres Vertreters, ein aktionsfähiges Arbeitsdepartement, während das bisherige Dipartimento di Lavoro nach allgemeinem Urteil nur ein Scheindasein geführt hatte. — Im Zeitraum von fünf Jahren konnte ferner die erste Ausgabe der bekannten Rivedicazioni ticinesi (Tessinische Forderungen) ausgearbeitet und in Bern vorgelegt werden. Im Jahre 1934 war die Regierung zusammengesetzt aus zwei Liberalen, zwei Konservativen und einem Sozialdemokraten, wobei der letztere allgemein als Angelpunkt und Schiedsrichter bezeichnet wurde. Formell bildeten Konservative und Sozialist die Koalitionsmehrheit, die Liberalen die Opposition, praktisch herrschte jedoch bei allen wichtigen Fragen die Zusammenarbeit der ganzen Regierung.

III.

Die Verständigung des Bürgertums

Waren äußerlich die Dinge gleich geblieben, so bereiteten sich hinter den Kulissen grundlegende Veränderungen des politischen Kräftespieles vor. Ständerat *Cattori*, der konservative Vorkämpfer der Minderheitskoalition, war gestorben. Die Erinnerung an die Zeit, da die neue Regierungsform durch ihre tatkräftige Initiative die Situation gerettet hatte, verblaßte. Die Liberalradikalen erlebten die Abspaltung des linksradikalen Flügels, der sich als Demokratische Partei auf eigene Füße stellte, während die Rechte, die im Besitze des liberalen Wahlapparates blieb, einen reaktionären Kurs einschlug, frühere ideologische Positionen wie den Antiklerikalismus verleugnete und mit dem neugeborenen Tessiner Faschismus zu liebäugeln begann.

Die Verständigung zwischen den historischen Gegnern wurde auch von Bern aus betrieben, wo ja längst der Freisinn Arm in Arm mit dem Klerikalismus gegen die Linke kämpfte. Bundesrat Motta beispielsweise fand keinen Gefallen daran, daß Genosse *Canevascini* dazu berufen war, sei es durch seine persönlichen Fähigkeiten, sei es dank der Zusammensetzung der Regierung, in unserm Grenzkanton politische Funktionen von maßgebendem Einfluß auszuüben. So suchte man bei den Rechtsparteien hüben und drüben den Weg zu einer Einigung — gegen die Linke.

IV.

Das wirtschaftliche Moment

Indessen war eine Verständigungsbasis zwischen den historischen, seit Jahrzehnten sich traditionsgemäß bekämpfenden Gegnern nicht leicht zu finden. Die Stimmung der gegenseitigen Anhängerschaft und

die höchst gegensätzlichen Programme boten tausend Schwierigkeiten. Es war die Wirtschaftskrise, welche diese Hemmungen schließlich in den Hintergrund drängte. Seit 1931 hatte die ökonomische Lage der Schweiz sich mehr und mehr verschlechtert, und auch im Tessin waren für Kanton, Gemeinden und Familien Probleme entstanden, die einer öffentlichen Hilfe riefen und große finanzielle Opfer erfordert hätten.

Der Staatsrat und in erster Linie der sozialistische Regierungsvertreter blieben nicht untätig und forderten energisch eine Reihe von Maßnahmen zur Bekämpfung der Krise, so eine staatliche Arbeitsbeschaffungsaktion, Einführung von Umschulungskursen und anderes. Auch im Großen Rat ließ die sozialdemokratische Fraktion keine Gelegenheit vorbeigehen, um auf die absolute Notwendigkeit solcher Maßnahmen hinzuweisen. Eine Durchsetzung dieser Pläne schien möglich. Man sprach bereits von der Einführung einer Krisensteuer und einer Luxusabgabe, um allen neuen Bedürfnissen begegnen zu können. Zugleich aber entstand bei den großen Steuerzahlern — oder Steuerpflichtigen — die Angst, sie könnten durch ein besseres Steuerveranlagungssystem gezwungen werden, Abgaben zu entrichten, die im richtigen Verhältnis zu ihren Vermögen und Einkommen stünden. Das genügte, um die von gewissen Parteiführern schon begonnenen, auf einen politischen Kurswechsel zielenden Anstrengungen zu beschleunigen.

V.

Ein großer Wahlschwindel

Bis zum Jahre 1934 hatten die konservativen Stimmen im Großen Rat sich häufig geteilt, wenn wichtige Regierungsvorlagen in Frage standen. Dadurch war der liberalradikalen Opposition vermehrtes Gewicht zugefallen.

Als die Wahlen vom Januar 1935 näher rückten, schienen die historischen Bürgerparteien sich nochmals als heftige Gegner gegenüberzutreten zu wollen, — aber bereits konnten wir im Wahlkampf die Arbeiterschaft darauf aufmerksam machen, daß hinter dieser scheinbaren Feindschaft sich ein wohlausgeklügeltes Wahlmanöver versteckte. In der Tat reagierten die Konservativen — die doch mit den Sozialdemokraten zusammen die verantwortliche Regierungsmehrheit bildeten — immer schwächer auf die Angriffe der radikalen Opposition gegen die bisherige Regierungstätigkeit. Den Kehrreim all dieser Angriffe bildeten die geschwächten Staatsfinanzen. Eine Teilursache dieser Schwächung waren die Ausgaben für die Arbeiten am kantonalen Straßennetz und für die soziale Fürsorge — Ausgaben von rund 1 450 000 Franken im Jahre 1934. Nun wurde als allein verantwortlich für diese Aufwendungen das sozialdemokratische Regierungsmitglied erklärt. Er sollte als Direktor der öffentlichen Arbeiten zu großzügige Ideen gehabt haben. Auch habe man es mit der Vergabung von Konzessionen nicht genau genommen. Ferner sollte das Departement zuviel Leute eingestellt haben — die man freundlicherweise als rote Garden bezeichnete . . .

Das Maß wurde voll, als einer der liberalradikalen Regierungskandidaten persönliche Anklagen gegen den sozialdemokratischen Departe-

mentschef schleuderte, die dann nach einer Reihe von Prozessen mit der ganzen skandalösen Kampagne zusammenbrachen. Ein anderer, ebenfalls liberaler Regierungsanwärter versprach in Dutzenden von Wählerversammlungen die unmöglichsten Dinge — eine sofortige Finanzreform, Abänderung des Steuergesetzes, Herstellung des Budgetgleichgewichts, Reorganisation der ganzen Kantonsverwaltung, Verminderung der Zahl der Staatsbeamten und anderes mehr. Und im gleichen Stile führten alle andern bürgerlichen Wahlredner und Stimmenjäger den Kampf.

Trotz alledem brachte der Wahltag dem Bürgertum die erhoffte Verschiebung der politischen Positionen nicht. Die Sozialisten hatten im Volke erheblich an Stimmen gewonnen. Sie hielten trotz der Perfidie des Wahlkampfes ihre zehn Mandate im Großen Rat, und in die Regierung zog wiederum 1 Sozialdemokrat (Canevascini) neben 2 Konservativen (Celio und Martignoni) und 2 Liberalen (Antognini und Forni).

Inzwischen war aber das Einvernehmen zwischen den historischen Parteien perfekt geworden, und die neue Verteilung der Großratsmandate — 21 Konservative, 19 Liberale, 10 Sozialdemokraten, 8 Demokraten, 3 Agrarier und 2 Legisten (Anhänger der Lega per il Popolo e la Patria, Bund für Volk und Heimat) — gab ihnen die Möglichkeit, ihre Kombinationen auf eine breite parlamentarische Grundlage zu stützen.

Eine Woche nach den Wahlen wurden die Departements neu zugeteilt. Man hatte den sozialdemokratischen Regierungsrat zwar nicht beseitigen können, entzog ihm jedoch die Direktion der öffentlichen Arbeiten und das Arbeitsamt, gab das Departement der Landwirtschaft einem Advokaten, und dem geborenen Landwirt Canevascini die Direktion der Justiz und der Hygiene. Wollten die bürgerlichen Regierungsmänner dem Sozialisten die Aktionsmöglichkeit beschränken, wollten sie ihn von den öffentlichen Arbeiten und damit — allerdings vergeblich — vom Kontakt mit der Arbeiterschaft entfernen, so war ihr Vorgehen konsequent. Weniger konsequent aber scheint es, just dem Mann, den man in einer schamlosen Wahlkampagne für die im Regierungspalazzo herrschende Unordnung hatte verantwortlich machen wollen, jetzt die Justiz — und damit die *Kontrolle* des ganzen Regierungsapparates zu übertragen . . .

Die Skandalkampagne wurde übrigens auch im ersten Amtsjahr der neuen Regierung noch fortgesetzt. Man versuchte, die Irrtümer einiger Unglücklicher und das Geschwätz einiger Enttäuschter — die unter Canevascinis Leitung nicht mehr die früheren Privilegien aus den öffentlichen Arbeiten gezogen hatten — auszubeuten, um unsere Partei und ihren Vertreter zu treffen. Kläglich genug endeten dann diese Machenschaften vor den Schranken des Gerichts. Wenn da oder dort Versehen und Unzulänglichkeiten vorgekommen waren, so wurde jetzt einwandfrei bewiesen, daß die Schuld dafür nicht das Arbeitsdepartement und noch weniger seinen Direktor traf. Die Kronzeugen der Ankläger hatten alle Mühe, das auf sie selbst zurückfallende Schuldkonto zu tragen. Im übrigen blieb die neue Regierung zunächst recht steril. Einzig der Polizeidirektor entfesselte eine stürmische Tätigkeit, indem er einem

mit der roten Fahne geschmückten Maienbaum im Dörfchen Cornano den Krieg erklärte, was schließlich in diesem friedlichen Erdenwinkel zu Tumultszenen und Verhaftungen führte.

VI.

Versprechen und Halten

Was wurde aus den großzügigen, oben erwähnten Versprechungen der bürgerlichen Wahlmacher?

Im ersten Regierungsjahr hörte man davon überhaupt nichts mehr. Nicht einmal die heilig versprochene Reform der kantonalen Verwaltung wurde verwirklicht, obwohl die Vorarbeit bereits seit 1934 durch eine — sozialdemokratische — Motion geleistet war.

Die öffentlichen Arbeiten blieben größtenteils suspendiert, und die Arbeitslosigkeit wuchs. Die bürgerlichen Departementsleiter aber waren zunächst damit beschäftigt, ihren «großen» Wählern, den Prominenten und Schützlingen ihrer Parteien Arbeit und — Anstellung zu verschaffen. Es schien, als ob keiner dieser Herren merkte, daß unter der neuen Aera die *Lage des Kantons* täglich schlimmer wurde, weil die Regierung untätig blieb. Beim Rechnungsabschluß aber merkte man es. Trotz der fast völligen Einstellung der öffentlichen Arbeiten war das Defizit fast auf die doppelte Höhe des letzten Jahres gestiegen. Es belief sich jetzt auf 2 500 000 Franken.

VII.

Die provisorischen Maßnahmen

Dieser Knalleffekt wirkte. Der Mißklang zwischen den schönen Wahlversprechen und dem Resultat eines Regierungsjahres der neuen Aera war zu deutlich. Hals über Kopf wurden jetzt provisorische Finanzierungsquellen ausgedacht, die nur bis Ende 1937 fließen sollten. Bis dahin würden definitive Reformen vorbereitet sein, — jene Reformen nämlich, die schon die Grundlagen des verlogenen Wahlkampfes abgegeben hatten. — Diese provisorischen Maßnahmen aber waren eine ganze Reihe wirklicher Improvisationen, die für den Kanton eher eine Gefahr denn eine Rettung bedeuteten. Eine Unzahl neuer Steuern und Abgaben, Erhöhung der Taxen aller Art, radikale Ausgabenbeschränkungen: So wurden der Gesamtwirtschaft des Kantons etwa 2 Millionen Franken entzogen, — und doch reichte es nicht, um das Budgetgleichgewicht herzustellen. Es blieb eine Unterbilanz von rund 900 000 Franken. Was noch schlimmer war: Ein Großteil der neuen Steuern und Abgaben traf in der willkürlichsten Weise, ohne jede gerechte Progression, die wirtschaftlich Schwachen, denen kein Bankgeheimnis hilft. Es sei nur an den Krisenzehntel erinnert, eine Erhöhung *aller* Steuern um einen Zehntel des bisherigen Betrages. Bei den Sparmaßnahmen wurden ebenso willkürlich die Saläre der staatlichen Arbeiter und Angestellten gekürzt, und nicht nur das: man entzog auch den Gemeinden einen Teil der Subventionen für die Schulen, Krankenkassen und andere Sozialausgaben. Man schädigte so gerade jene für unsere Gemeinschaft

lebenswichtigen Organisationen, die ohnehin schon von der Krise am schwersten getroffen und nicht mehr in der Lage waren, auch nur die notwendigsten Aufgaben richtig zu erfüllen.

Alle diese Maßnahmen wurden — wohlweislich — durch Dringlichkeitsbeschluß dem Volksurteil entzogen.

Die Kritik der Sozialdemokraten blieb diesem Gebaren gegenüber wirkungslos. Unseren Einwendungen und Warnungen vor einer Finanzpolitik, die, um ein rein buchmäßiges und praktisch unmögliches Budgetgleichgewicht zu erreichen, die Volkswirtschaft des Kantons dem Ruin auslieferte, setzte das Bürgertum die klassische Antwort Großrat Bossis entgegen: «Ihr diskutiert — wir stimmen ab».

VIII.

Untätige Regierung

Auch die folgenden Jahre brachten, wie vorauszusehen war, keine Verwirklichung der schönen Wahlversprechungen. Für die Verwaltungsreform wurde eine Kommission eingesetzt. Man darf ruhig sagen, daß darin einzig die wenigen Mitglieder der Oppositionsparteien aktiv waren und die Arbeit vorwärts zu treiben versuchten. Der maßgebenden Regierungsmehrheit pressierte es nicht: Noch heute, 1940, wartet man auf Bericht und Antrag der Kommission. Ebenso wenig geschah für die Steuerreform, für das versprochene neue Beamtenstatut, für die definitive Finanzreform. Ende 1937 — beim Ablauf der provisorischen Maßnahmen — blieb nichts anderes übrig als die Verlängerung des Provisoriums. Die gleiche Passivität legte der Regierungsrat gegenüber den Rivendicazioni ticinesi an den Tag. — Genosse Nationalrat E. Zeli hatte im Großen Rat eine Neuauflage dieser Postulate angeregt, was zunächst von der Regierungsbank aus einzig mit ein paar sarkastischen Bemerkungen des Landwirtschaftsministers quittiert wurde. Erst ein volles Jahr später beauftragten sämtliche Fraktionen den Staatsrat, diese Frage zu prüfen. Die Regierung gab den Auftrag vorerst an die tessinischen Mitglieder der Bundesversammlung weiter und bestellte dann zur Ausarbeitung des nach Bern zu schickenden Memorials einen Privatmann, Herrn Dr. Custer, Sekretär der Tessiner Handelskammer.

Ende 1938 hatte der Finanzdirektor endlich durch die — zahlreichen! — Mitarbeiter seines Departements ein Reformprojekt ausarbeiten lassen. Dieses wurde, bevor es vom Staatsrat auch nur geprüft und gebilligt war, an eine außerparlamentarische Kommission gewiesen. Hier aber wußten die Vertreter der Regierungsmehrheit, sich jeder Diskussion über den Vergleich von Versprechen und Halten zu entziehen — man stand ja wieder am Vorabend der Neuwahlen.

IX.

Bilanz aus vier Regierungsjahren

So ergab sich denn eine höchst dürftige Bilanz aus der ersten Amtsperiode der Regierung der neuen Ära. Nicht *eines* der feierlichen Wahlversprechen war gehalten worden. Das Defizit der Staatsrechnung stieg

1938 auf 3,5 Millionen Franken, wovon ungefähr die Hälfte durch die provisorischen Maßnahmen gedeckt werden konnte. Kein neues Steuergesetz, keine Verwaltungsreform, keine Hilfsmaßnahmen für die verarmten Gemeinden, kein neues Beamtenstatut waren geschaffen oder auch nur vorbereitet. Die gesamten Staatsschulden waren um rund 16 Millionen, das heißt 4 Millionen pro Jahr gestiegen, die öffentlichen Arbeiten aber gewaltig reduziert. Statt der Reduktion des angeblich unter der früheren Regierung viel zu großen Beamtenstabes waren hundert neue «außerordentliche Mitarbeiter» eingestellt worden — wobei oft nicht die Tätigkeit, sondern die politischen «Verdienste» den Ausschlag für eine Anstellung gaben. So wuchsen trotz Lohnabbau die Ausgaben für Saläre allein um 400 000 Franken im Jahr. Die Unordnung war auch nicht kleiner geworden: Für öffentliche Arbeiten wurde *mehr ausgegeben* als früher — und doch stieg die Arbeitslosigkeit, weil effektiv weniger arbeitsschaffende Werke ausgeführt wurden. Als die Arbeitslosen im Januar 1937 die bisher nie dagewesene Zahl von 7500 erreichten, griff die Regierung zu wirksamen, aber bisher in der Schweiz nicht für möglich gehaltenen Mitteln: Sie reduzierte die Beträge der Arbeitslosenunterstützung und unterdrückte die weitere Publikation der Arbeitslosenstatistik!

Handel, Gewerbe und Gemeinden bekamen alsbald die Folgen der wirtschaftlichen Stagnation zu spüren. Nicht wenige kleine Gemeinden befanden sich in einem praktisch konkursreifen Zustand. Eine Sanierung war nur möglich durch Bildung von Gemeindeverbänden, durch Zusammenlegung einzelner für sich allein nicht mehr lebensfähiger Dörferchen. Die Regierung unterließ jede dahin zielende Initiative.

X.

Die Neuwahlen

Vor den Neuwahlen vom Januar 1939 hatte die Situation sich dermaßen zugespitzt, daß sogar in den Zeitungen der Regierungsparteien die Kritik durchbrach, so daß die Parteikomitees intervenieren mußten, um nicht alle Differenzen an die Öffentlichkeit dringen zu lassen.

Im Dezember 1938 gibt es nur noch eine Rettung: In aller Hast muß der Große Rat nochmals die provisorischen Maßnahmen beschließen. Nochmals werden die üblichen Versprechen hervorgeholt — an die aber niemand mehr glaubt. Ein Versuch, stille Wahlen durchzuführen, scheitert. Da wird denn feierlich erklärt, daß jetzt das Provisorium zum allerletztenmal in Kraft gesetzt werde, daß eine Wiederholung dieses Spiels Ende 1939 nicht in Frage komme und daß auf gar keinen Fall die liberal-konservative Regierungsallianz je wieder einem dringlichen Beschluß unter Ausschaltung des Volkes zustimmen werde. Das genügt aber noch nicht, und so veranstaltet denn die reaktionäre Mehrheit des Großen Rates am Vorabend der Wahlen noch ein ungewohntes und — unwürdiges Schauspiel: Ohne jede seriöse Vorbereitung, ohne technische und finanzielle Grundlagen wird ein Monstreprojekt von öffentlichen Arbeiten durchgepeitscht und beschlossen, und zwar werden

diese Arbeiten als äußerst dringend bezeichnet. — Wer damals noch bezweifelte, ob nicht auch dieser Beschluß ein bloßes Wahlmanöver war, weiß es heute: Nach bald anderthalb Jahren ist auch nicht *eines* jener «höchst dringlichen» öffentlichen Werke ausgeführt worden.

Aber die Regierungsparteien hatten sich in der Einschätzung ihrer Wähler nicht getäuscht. Sie errangen einen glänzenden Sieg. Nicht nur die vier Regierungssessel der freisinnig-konservativen Allianz wurden gerettet, sondern auch die derzeitigen Inhaber dieser Sessel, letztere durch allerhand geheime Abmachungen, kraft welchen die Bisherigen über ihre Listenkollegen triumphierten.

Die Hintergründe dieser siegreichen Schlacht waren dermaßen skandalös, daß der als Großrat nicht bestätigte liberale Parteipräsident, Ständerat Arnaldo Bolla, das Amt seiner Partei vor die Füße warf. Der konservative Kantonalpräsident, Großrat Tarchini, sprach seinerseits unmittelbar nach den Wahlen vom Präsidentenstuhl des Großen Rates aus einige Worte, die für seine Parteigänger alles andere als schmeichelhaft waren.

Im Großen Rat aber sitzen jetzt 24 Konservative, 22 Liberale, 8 Demokraten, 8 Sozialdemokraten und 3 Agrarier: So sehr hatten das grobe Täuschungsmanöver auf der einen, die Gutgläubigkeit und Einsichtslosigkeit der Wählermassen auf der andern Seite gewirkt.

XI.

Die harte Wirklichkeit

Sehr bald verklang der Siegesrausch. Alle schweren, drohenden Landessorgen waren noch da, und die Regierung blieb schlapp wie zuvor, ja womöglich noch unfähiger, weil sie jetzt glaubte, durch die glänzende Bestätigung vor jeder Kritik aus dem Volke sicher zu sein.

Aber im Jahre 1939 wurde das allgemeine Mißbehagen unerträglich. Jetzt endlich reichte man die neuen Rivendicazioni ticinesi in Bern ein, nachdem eine parlamentarische Kommission — der dritte Koch an dieser Suppe — ihnen die endgültige Form gegeben hatte. Die nützliche Frist für die Geltendmachung dieser Begehren ist zweifellos verpaßt worden. — Jetzt versuchte man es auch mit einem neuen Steuergesetz, das aber strandete. Die übrigen Reformen kamen keinen Schritt vorwärts. Die Unzufriedenheit stieg in allen Kreisen. Bereits befassen die Jungkonservativen sich mit einer Initiative auf Abberufung des Staatsrates, der durch eine siebenköpfige Regierung ersetzt werden soll, und in liberal-radikalen Blättern erscheinen Einsendungen, die die Kantonsregierung an die Verfassungsartikel über ihre Absetzung erinnern . . .

In diese Situation fiel der Kriegausbruch, — und die Regierung der neuen Ära glaubt in ihm ihr rettendes Alibi gefunden zu haben. Sie zögert nicht mit dem Begehren nach Kriegsvollmachten und provoziert damit die Revolte selbst jener Kreise, die bisher ihre ausgesprochenen Freunde stellten.

Der Kriegszustand bringt dem Kanton neue Sorgen und Aufgaben. Um sie zu lösen, genügt die Vergrößerung des Beamtenapparates nicht,

die in beschleunigtem Tempo im Regierungspalazzo weiter betrieben wird. Das allgemeine Unbehagen wächst.

XII.

Integrale Zusammenarbeit?

Diese Lage der Dinge trägt ihre Früchte. Die «Sieger» vom Januar 1939 beeilen sich, für die Nationalratswahlen vom Oktober 1939 eine Verständigung mit den übrigen Gruppen zu erstreben, so daß es zu stillen Wahlen kommt. Eifrig pflegt jetzt der konservative Partei- und Großratspräsident, Tarchini, den Gedanken einer integralen Zusammenarbeit *aller* Parteien. In Vorträgen und Versammlungen vertritt er die Meinung, daß die Voraussetzung für eine solche Zusammenarbeit auf loyaler Grundlage die Neuverteilung der Departements sei, das heißt die Gewährung größeren Einflusses und größerer Aktionsmöglichkeit für den sozialdemokratischen Staatsrat. Liberale Redner, wie Nationalrat Bossi, unterstützen aufs lebhafteste diesen Standpunkt.

Sind diese Bemühungen ehrlich gemeint, oder geht es um ein neues Manöver zur Besänftigung der Opposition? Wir haben kein Recht, die Ehrlichkeit der Motive der genannten politischen Gegner zu bezweifeln — aber seit ihren Reden sind Monate vergangen, und weder die bürgerlichen Regierungsmitglieder noch ihre politischen Komitees haben eine Lösung herbeigeführt oder sie herbeizuführen auch nur versucht.

Alles blieb, wie es war.

XIII.

Im Kriegsjahr 1940

So steigerte sich zu Anfang des Jahres 1940 im Tessin mit der wirtschaftlichen die *politische* Krise. Mit einem wieder aufgewärmten, zusammengeflackten, nochmals provisorischen Voranschlag präsentierte sich eine Regierung, deren Ansehen durch ihre bisherigen «Taten» bedenklich gelitten hatte. Auf die auch im Lager der Mehrheitsparteien einsetzende Kritik hin verfiel man auf den Ausweg, departementsweise Einsparungen auszuklügeln und das Projekt nochmals an die Geschäftsprüfungskommission zu weisen. So wurde das Budget, das zuerst über 4 Millionen Mehrausgaben ausgewiesen hatte, in der Einnahmenseite um rund 3 Millionen verbessert. Nicht weniger als sechzehn Dekrete wurden von der Regierung vorgelegt, um neue Finanzquellen zu erschließen, alle, wie seit 1936 schon, «provisorischer» Natur! Unter diesen Spardekreten figurierten auch jetzt wieder: Reduktion der Staatsbeiträge an die öffentlichen Armenlasten; Abbau der Überzeitentschädigung der Kantonsangestellten; Kürzung der Staatsbeiträge für den Elementarunterricht und einer ganzen Reihe anderer Subventionen; Erhöhung der Gemeindebeiträge für öffentliche Arbeiten; außerordentliche Krisensteuer; Krisenzehntel auf allen bisherigen Steuern und andere. Dazu kamen als neue Maßnahmen: Erhöhung der Quoten der Staatssteuer; Immobiliensteuer; Hypothekensteuer; Abgabe auf Sparheftguthaben; Junggesellensteuer und Steuer auf Dienstboteneinstellung.

Die Erhöhung der bisherigen und die Schaffung der neuen Sonderabgaben sollte nach dem Voranschlag eine Summe von 2 623 500 Franken ergeben. Alle diese Projekte wurden aufs neue mit der Dringlichkeitsklausel versehen, um sie dem Volksurteil zu entziehen.

XIV.

Die Volksvertretung wehrt sich

Der Empfang, den der Große Rat dieser Regierungsvorlage bereitete, war alles andere als enthusiastisch. Man bezeichnete sie — gewitzigt durch frühere Erfahrungen — als unzuverlässig, und auch die Sprecher der Mehrheitsparteien erklärten jetzt, nichts annehmen und nichts diskutieren zu können, ohne nicht die Sache vorher genau zu studieren . . . Alles was die Regierung erreichte, war schließlich die Annahme von zwei Budgetzwölfkeln auf Grund des Voranschlages von 1939 und eines dritten «provisorischen» Zwölfkels, damit das Parlament Zeit gewinne, die regierungsrätlichen Vorschläge in Ruhe zu sichten und zu sieben.

Im Feuer der Kommissionsberatungen zog dann der Staatsrat die *neuen* Provisorien zurück. Dafür sollten einige jener alten, die man hatte fallen lassen, wieder in Kraft gesetzt werden. Davon passierte aber schließlich die Klippen der großrätlichen Beratung nur die Reduktion der Taggelder der Großen Räte. Alle Dekrete, die eine eigentliche Steuerreform betrafen, wurden verschoben auf die Beratung des seit fünf Jahren fälligen neuen Steuergesetzes. Schließlich blieben voraussichtliche, mehr oder weniger zuverlässige Sondereinnahmen von 1 750 000 Franken, bei einem Gesamtdefizit von 2 814 000 Franken.

XV.

Düstere Perspektiven

Wenn die «Regierung der neuen Aera» noch eine Hoffnung hegt, die Staatsfinanzen in absehbarer Zeit zu sanieren, so kann sie nur auf den längst versprochenen *definitiven* Reformen beruhen, wobei, selbst wenn man die alten Versprechungen erfüllen wollte, das Tessinervolk seine Erwartungen nicht gerade hoch spannen darf. Für die *Grundlage* jeder soliden Neugestaltung der Tessiner Volkswirtschaft, die Steuerreform, wurde zweifellos der günstige Zeitpunkt verpaßt. Fünf Jahre lang wäre diese Reform möglich gewesen, — unter den heutigen Verhältnissen ist sie äußerst schwer durchführbar.

Das gleiche gilt für die Revision des Beamtenstatuts, das — an Stelle der ungerechten und heute doppelt widersinnigen Lohnabbauaktionen — durch Neuverteilung der Arbeit der Departements und vernünftige Rationalisierung wesentliche Einsparungen hätte bringen können.

Heute aber, in der Zeit der Kriegsnot und der Kriegsbedürfnisse, herrscht im Tessin, dank einer Regierungspolitik der leeren Versprechungen zu Wahlzwecken, ein Zustand absoluter Krise. Gefährvolles Defizit des Staatshaushaltes, Verarmung der allgemeinen Volkswirt-

schaft, Rückgang der privaten Ersparnisse um 15 Millionen pro Jahr, verspätete und ungenügende Hilfe an die Wehrmannsfamilien! Und mehr als eine Landgemeinde steht vor dem Zusammenbruch!

XVI.

Wer trägt die politische Verantwortung?

Die heutige Lage des Kantons Tessin bildet ein Schulbeispiel für die Ergebnisse einer sturen, antisozialdemokratischen Bürgerblockpolitik. Kein Wunder, daß es heute auch in den historischen Bürgerparteien Stimmen gibt, die energisch die Abkehr von den Methoden verlangen, die ein dermaßen steriles Resultat gezeitigt haben. Es gibt aber auch andere, die lieber noch eine innere Parteikrise als eine Abkehr vom bisherigen Wege sehen möchten. Sie versuchen, die Verantwortung für den Mißerfolg ausschließlich den — von ihnen selbst eingesetzten — Regierungsmännern in die Schuhe zu schieben, damit die begangenen Irrtümer zu beschönigen und zu vergessen, und das *System* der liberal-konservativen Herrenpolitik fortzusetzen.

Die Tessiner Sozialdemokratie wird diesem Versuch sich mit aller Kraft widersetzen. Schon der politische Anstand verlangt, daß die wirklichen Verantwortlichen festgestellt werden. Die Taten der Drahtzieher der exklusiven Bürgerblockpolitik sollen aufgedeckt werden, und das *Volk* soll sein Urteil fällen. Diesem Kampf um Wahrheit und Aufklärung der Massen gilt die tägliche Anstrengung der Vertrauensleute der SP. des Kantons Tessin, ihrer Vertreter im Großen Rat und ihrer Presse.

Nicht ohne Schadenfreude könnten wir heute feststellen, daß liberal-radikale Stimmen lamentieren, der Einfluß der Konservativen im Schul- und Polizeiwesen und anderswo werde immer größer, während umgekehrt die Christlichsozialen ihren konservativen Vätern vorwerfen, sie duldeten tatenlos die Eingriffe der Liberalen in «ihre» sozialpolitischen und kulturellen Hoheitsgebiete . . . Aber diese Mißtöne im liberal-konservativen Hausorchester täuschen uns nicht: Die Koalition wird in entscheidender Stunde keine größere Sorge kennen, als die Rettung ihrer gemeinsamen Positionen, die Aufrechterhaltung ihrer elefantenhaften Wahlmaschinen. Diese Koalition trägt die ganze und alleinige Verantwortung für das Vergangene und Versäumte — und für die gegenwärtige, schwere politische und wirtschaftliche Krise des Tessins.

XVII.

Sozialistische Aktivität — trotz alledem

Ohne Überheblichkeit darf behauptet werden, daß in diesen Jahren einer allgemeinen Regierungspassivität einzig die von dem Sozialdemokraten G. Canevascini geleiteten Departements der Justiz und der Volkshygiene eine fruchtbare und nützliche Tätigkeit entfaltet haben. Von hier aus ging die energische und erfolgreiche Initiative zur Schaffung besserer Zustände im Krankenkassenwesen mit Einschluß der öffentlichen Zahnpflege und der Krankheitsverhütung, die Förderung der Liga

gegen den Krebs und die bessere Ordnung der medizinischen Berufsfragen. Hier wurden große, notwendige Verbesserungen und Erweiterungen der staatlichen Kranken- und Irrenheilanstalten ins Werk gesetzt. Hier blieben wichtige Gesetzesvorlagen nicht in den Vorentwürfen stecken: Das neue Baugesetz, das Expropriationsgesetz wurden abgeschlossen, das Einführungsgesetz zum neuen schweizerischen Strafrecht eingehend und gewissenhaft vorbereitet.

Die sozialdemokratische Opposition war somit in diesen Jahren alles andere als nur negativ. Darum blickt unsere Partei auch mit aller Zuversicht auf die kommenden Kämpfe. Es ist dem Bürgerblock nicht gelungen, die Arbeiterschaft und ihren Vertreter in der Regierung vor dem Volke zu diskreditieren. Daß unsere Opposition im Parlament nicht nur politisch gerechtfertigt, sondern auch bei jeder sich bietenden Gelegenheit konstruktiv, nicht destruktiv war, ist heute erwiesen. Und wie reich und notwendig diese Oppositionsarbeit auch in Zukunft sein wird, geht aus den Thesen hervor, die unser Parteitag, nachdem er den Vertretern der Arbeiterschaft in Parlament und Staatsrat sein volles Vertrauen ausgesprochen, am 6. Januar aufgestellt hat. Sie umfassen unter anderem die folgenden, höchst dringlichen Aufgaben, die alle von der Bürgerblockherrschaft längst in Aussicht gestellt — aber nie verwirklicht wurden:

Verwaltungsreform; Rationalisierung der staatlichen Verwaltungen und Betriebe, ohne Abbau der Löhne.

Steuerreform; Erfassung der großen, bisher steuerflüchtigen Kapitalien und Einkommen, Entlastung der *kleinen* Arbeitseinkommen und Renten.

Sanierung der Gemeinden durch Konsortienbildung, Zusammenlegung und vernünftige Ausscheidung von Staats- und Gemeindeaufgaben.

Hilfe für die Wehrmänner und ihre Familien; Sicherung der Arbeitsstellen und Schutz der Kollektivverträge.

Kampf gegen Lohnabbau; Angleichung von Löhnen und Preisen.

Förderung der Arbeit in Handel, Industrie und Gewerbe durch Ausführung der längst notwendigen öffentlichen Werke.

Sanierung der Landwirtschaft; Reorganisation des Bauernsekretariates, Förderung der Produktions- und Konsumationsgenossenschaften.

Hilfsmaßnahmen für die vom Ruin bedrohte Fremdenindustrie.

Verteidigung und Wiederherstellung der Rechte und Freiheiten des Volkes; Abschaffung der volksfeindlichen Dringlichkeitsbeschlüsse.

Das Tessinervolk kennt die brennende Notwendigkeit einer Lösung dieser Aufgaben. Es erlebt sie täglich am eigenen Leibe. Es weiß aber auch, daß von der bisherigen Mehrheitspolitik diese Lösung nicht zu erwarten ist. Es braucht nur die Augen zu öffnen, um die Richtigkeit des Weges zu erkennen, den die Sozialdemokratie im Interesse des *ganzen Volkes* zu gehen gewillt ist.